

FDP Hochtaunus

FDP-FRAKTION FORDERT SOLIDARITÄT MIT ISRAEL?

11.10.2023

Hochtaunus – Die FDP-Fraktion im Kreistag des Hochtaunuskreises bringt mit einem Antrag zur aktuellen Lage in Israel ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit den Menschen in Israel und dem Staat Israel zum Ausdruck. „Angesichts des barbarischen Angriffs der Terrororganisation Hamas auf Israel stehen wir entschlossen an der Seite unserer Freunde und Partner in Israel und Gilboa. Wir verurteilen aufs Schärfste jegliche Form von Judenhass und Antisemitismus, die in unserer Welt keinen Platz haben dürfen“, so Stefan Naas, Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag.

Besonders betonen die Hochtaunusliberalen auch die Menschen im District Gilboa, mit dem der Hochtaunuskreis bereits seit 1990 über eine enge Partnerschaft verbunden ist. „In diesen schwierigen Zeiten ist es unsere Verpflichtung, ihnen beizustehen“, so Naas. Aus diesem Grund wollen die Freien Demokraten den Kreisausschuss beauftragen, zeitnah Kontakt mit Gilboa aufzunehmen, um konkrete Hilfs- und Unterstützungsangebote zu unterbreiten.

Als weiteres Zeichen der Solidarität soll der Hochtaunuskreis alle öffentlichen Gebäude mit der Flagge Israels beflaggen und eine öffentliche Solidaritätsveranstaltung organisieren, bei der auch im Besonderen die Partnerkreis Gilboa eingebunden werden soll. Diese Geste soll die Verbundenheit und Unterstützung für Israel zum Ausdruck bringen und auch ein klares Signal gegen mögliche Unterstützer der Hamas auch im Hochtaunuskreis setzen. „Wir verurteilen Judenhass und Antisemitismus aufs schärfste. Beides hat in Deutschland keinen Platz. Dem müssen wir uns entgegensetzen“, betont Katja Adler, Mitglied des deutschen Bundestages.

„Die Solidarität mit Israel und unseren Freunden im District Gilboa ist für uns nicht nur eine politische, sondern vor allem eine moralische Verpflichtung. In diesen schweren

Zeiten müssen wir zusammenstehen und ein klares Zeichen gegen Hass und Gewalt setzen. Wir sind fest entschlossen, unsere Partner in Israel zu unterstützen und alles in unserer Macht Stehende zu tun, um ihnen beizustehen“, so Naas abschließend.